



Nr. 62. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 6. Februar 1880.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

53. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. Februar.

10 Uhr. Am Ministerische v. Puttkamer und Commissarien. Die Tribünen sind überfüllt.

Nachdem das Haus die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des I. Quartals 1877 der Rechnungscommission überwiesen, tritt es in die Beratung des Cultusstatuts ein.

Die Einnahmen werden ohne Debatte genehmigt.

Zu Titel 1 des Capitel 109 der Ausgaben: "Gehalt des Ministers 36.000 Mark" melden sich 20 Redner gegen, 8 Redner für die Position zum Wort.

Abg. Windhorst: Der Cultusstatut, bei dessen Beratung wir nur von dem edelsten Weitesteuer getragen sein sollten, die höchsten Interessen ethischer und geistiger Natur in friedlicher Gemeinsamkeit zu fördern, war seit Jahren Anlass zu den bestreiten Discussionen. Meine Partei und die Wohlgestimten aller Parteien und Vaterlandsfreunde beklagen dies tief. Wer es aber ernst damit meint, muss bestimmte Stellung nehmen, um die Ursachen des Conflictes zu beseitigen. Ich bitte die Conservativen, nicht zu vergessen, daß nur auf einem freien kirchlichen und religiösen Boden wahrer Conservatismus blühen kann; ich erinnere alle ehrlichen Liberalen daran, daß ohne religiöse und kirchliche Freiheit wahre bürgerliche Freiheit unmöglich ist. Der Kampf, der auf der Grenztheide zwischen den Gebieten des Staats und der Kirche entstanden, hat Dimensionen angenommen, an die man schwerlich dachte, als man ihn in Bekennung der Macht der Kirche und zu großem Vertrauen auf die Macht des Staates begann; er wird mit einer Hestigkeit und mit Mitteln geführt, für welche in der Geschichte schwerlich ein Analogon zu finden ist.

Auch in diesem Jahre können wir Sie leider mit dem Vortrage unserer Beschwerden nicht verschonen, auf die Gefahr hin, daß der Abg. Tiedemann wieder in Erwägung zieben zu müssen glaubt, ob die Regierung die Gesetze nicht mit größerer Strenge auszuführen habe. Ich hoffe, er steht mit dieser Auschauung in seiner Partei allein; denn unmöglich kann es Regierungsmaxime sein, nach Art der römischen Gladiatoren auf den niedergeworfenen Gegner, in dem sie zu ihrer Überraschung noch Leben entdecken, von Neuem heftige Schläge zu führen. Mandt glauben, wir sollten unsere Klagen unterdrücken, um nicht nach dieser oder jener Richtung hin zu reißen. Schwachmütige Seelen hat es zu allen Seiten gegeben, aber ernste Männer können auf sie im ernsten Kampfe nicht Rücksicht nehmen. Wir würden unser Mandat nicht gerecht werden, wollten wir uns über die schweren Leiden, über welche das christliche Volk Tag für Tag und Stunde für Stunde zu klagen hat, hier nicht klar und präzise beschweren. Wenn auch die Wahrheit im ersten Augenblick verlegen sollte, so muß sie sich doch Bahn brechen. Andere halten diese Klagen nicht für zeitgemäß, weil ein Wechsel im Ministerium stattgefunden hat. Wir erkennen diesen Wandel mit Befriedigung an; wir glauben aus den Sälen des Cultusministeriums wieder einen Pulschlag christlicher Gesinnung zu erwarten (Oho! links), sehr leise noch und anscheinend mit der Furcht, zu sehr vernommen zu werden. Ein leichtes Wetterleuchten erscheint am Horizont, ein warmer Sonnenstrahl von Humanität sucht wieder in die Säle des Ministeriums einzudringen, aus dem er so lange entfernt war. Aber die Regel der Tradition liegen noch recht schwer um das Gebäude des Ministeriums. Nur die Person des Ministers und des Unterstaatssekretärs hat gewechselt; der übrige Generalstab ist geblieben, und es ist psychologisch unmöglich, daß er plötzlich eine andere Richtung einschlägt. Die besten Intentionen des Ministeriums können durch die Geheimen Räthe paralyisiert werden.

Es ist ein alter Satz: Man soll nicht neuen Wein in alte Schläuche füllen und sollten einige dieser Herren an die Staatsschuldentlastungscommission abgeben (Heiterkeit), damit sie am Abtragen der Staatsschuld den Abtrag der eigenen erlernen. Noch schlimmer aber ist das Festhalten an den alten Traditionen in allen Rezipien, die Schul- und Kirchenfachen betreffend. Will man dem Volke wirklich die Religion erhalten, so ist ein völkerlicher Bruch mit den Grundsätzen der letzten Vergangenheit im Cultusministerium notwendig. Feuer und Wasser lassen sich nicht vermengen; wer es verucht, könnte dabei leicht seine Christen einbüßen. Man findet endlich die Klagen inopportunit, weil die Regierung gerade mit der römischen Curie verhandelt, um einen Ausgleich zu finden. Diese Meinung hat beim ersten Anhören recht viel für sich und, wenn ganz ernste Friedensverhandlungen vorliegen, so hätten wir recht, mit unseren Klagen zu warten. Aber bei allen Friedensverhandlungen pflegt doch zunächst volle Waffentruhe auf beiden Seiten einzutreten; wenn wir aber fortwährend mit der ganzen Ladung, welche die Maigesetze liefern, überhäuft werden, so gehört mehr als menschliche Disciplin dazu, ein solches Feuer stumm zu extragen. Wir sehen nicht, daß bei diesen Verhandlungen irgend ein Nachlaß in der strictesten Anwendung der Maigesetze eingetreten ist, obwohl die Fassung der Gesetze so viele Gelegenheit zu milderer Praxis giebt. Bis heute ist übrigens darüber, daß Verhandlungen schwere, keine offizielle Anerkennung zu unterstehen gekommen. Nach den Zeitungsnachrichten sind allerdings durch den Reichstanzler in Wien Besprechungen eingeleitet; auf welcher Grundlage, mit welchem Resultat, mit welchen Instruktionen, davon ist uns nichts bekannt. Wir müssen überall angstlich suchen, wo uns ein Lichtblick in dieses Dunkel gewährt wird, und da muß ich sagen: was ich erforderlich habe, war leider nicht geeignet, mir große Zuversicht wegen des Erfolges einzuföhren.

In der „Deutschen Revue“ ist in neuester Zeit ein Artikel vom Professor Hinsius erschienen, der bekanntlich in der Geheimrathssphäre lebt und alsmit dort den Bölgelug genau beobachtet und ein Hauptinitiatorebber und Schürer der Culturspaltung gewesen ist. Ich muß fürchten, daß die Anschaungen dieses Aufsatzes richtig sind, und dann ist an einem Frieden nicht zu denken.

Wenn man die christliche Kirche in Bezug auf die Erziehung, die Anstellung der Geistlichen und die Disciplin gegen ihre Mitglieder und gegen die Geistlichkeit dermaßen in der Hand des Staats belassen will, in welche die Maigesetze sie gelegt haben, die Prof. Hinsius aufrechterhalten will, wenn man Geistliche von Staats wegen anstellen und abscheiden können will durch einen Gerichtshof, der seine Autorität vom Staate hat, so ist ein Frieden unmöglich; denn das würde die christliche Kirche zu einer polizeilichen Anstalt des Staates herunterdrücken; sie hätte statt einer göttlichen eine staatliche Mission. Hinsius will dem kirchlichen Gerichtshof den Oberverwaltungsgerichtshof subsumieren, wahrscheinlich weiß er glaubt, daß das Mitglied des letzteren, Professor Gneist, den Maigesetzen näher steht als der Präsident Eggeling. Ein solcher Umschwung wäre ein Blendwerk der Hölle. Der Staat kann Niemand abscheiden, den er nicht angestellt hat; darum einen Gerichtshof unter keiner Bedingung und in seiner Gestalt! Die Schulfrage werden wir bei den späteren Positionen erörtern. Ich wäre glücklich, wenn der Minister versichern könnte, daß Prof. Hinsius diesmal doch unrichtig gesehen, gehört oder berichtet hat. Ich kann mich der Furcht nicht verschieben, daß er das veröffentlicht hat, was man mit sorgfältigem Dutzend umgiebt. Bei einer solchen Unschärfe der Lage können wir jedermann nicht schweigen. Das Einzige, was wir thun können, ist, uns für den Augenblick bestimmter Anträge zu entschließen. Wir behalten uns vor, den Zeitpunkt für solche zu bestimmen, denn es kann unsere Absicht nicht sein, irgendwie die schwedenden Verhandlungen zu durchkreuzen oder ihnen irgend ein Hindernis zu bereiten.

Was von Seiten des heiligen Stuhles abgemacht wird, bleibt für uns unbedingt Gehei; selbst wenn wir in unserer subjektiven Ansichtung diese oder jene Concession für zu weitgehend halten sollten unter den obwaltenden Umständen, — ist sie vom heiligen Stuhle gemacht, so beugen wir uns in Erfurth. Wir wollen mit unseren Beschwerden keinesfalls aussprechen, daß wir in die redlichen Absichten der Regierung bei diesen Verhandlungen irgend einen Zweifel seien. Allmählich wird auch dem blödesten Auge klar, daß es so nicht bleiben kann. Wenn wir im Innern und Neussern des Staats Gefahren seien, ja die Gefahren von außen so dringlich zu sein scheinen, daß man an eine Vermehrung der Wehrkraft denkt, dann sollte ein weiser Staatsmann begreifen, daß nichts nötiger ist als der Friede in allen Gemüthern. Wir werden jeder Gefahr Schulter an Schulter be-

gegnen; aber es ist doch etwas anderes, ob man dies fröhlichen Herzens tut oder unter einem Drude, der das Heilige antastet, was der Mensch auf Erden hat. Der kirchliche Friede, das möge sich auch Graf Molte merken, ist mehr wert als viele Armeecorps. Wir haben Monate lang schwiegend gewartet; das Volk kann diese Plagen länger nicht ertragen. Es ist nötig. Ich danke dem Reichstanzler dafür, daß er wenigstens diese Verhandlungen eingeleitet hat, und wenn er die Güte haben wollte, diese Angelegenheit nun mit derselben Energie in die Hand zu nehmen, wie er andere Angelegenheiten fördert, so bin ich überzeugt, daß bald der Friede geschlossen sein würde.

Den Frieden können nur Staatsmänner mit großem Blick und großer Conception, nicht burokratische Paragraphenmänner machen. In diesem Sinne appelliere ich ausdrücklich an den Reichstanzler; denn die „Prov.-Corr.“ kann sagen, was sie will, nur von seiner Entscheidung hängt es ab, ob wir Frieden haben oder nicht. Wir sind des Friedens dringend bedürftig, aber unser Mut ist darum nicht gebrochen. Wir können nicht glauben, daß die Regierung gegen einen großen Theil der Bevölkerung einen Kampf führen oder fortsetzen will, darum haben wir uns an ihr Herz gewendet. Ich würde an eine noch höhere Stelle appellieren, wenn dies im parlamentarischen Leben gestattet wäre. Aber die Throne haben keinen festeren Boden als in den Herzen eines gottesfürchtigen Volkes. Sollte uns ein widriges Geschick den Frieden nicht geben, so können Sie versichert sein, daß das katholische Volk und wir, seine Abgeordneten, werden nicht wanken und weichen, bis die Freiheit der Kirche und der Gewissens errungen ist. Der Kampf ist ein schwerer; in letzter Instanz ist er der Kampf des Unglaubens gegen den Glauben; im letzten Grunde heißt es Anerkennung und Unterwerfung unter das Kreuz von Golgatha. Diesem Kreuze ist der Sieg verliehen und da wir unter ihm stehen und kämpfen, so wird der Sieg unser sein! (Lebhafte Beifall im Centrum, Narthe links.)

Cultusminister von Puttkamer: Der Abg. Windhorst betonte mit einem gewissen persönlichen Wohlwollen für mich, daß ihm jetzt aus dem Cultusministerium ein sympathischer Hauch entgegenweht, wie sonst, und das in so verbindlicher, mich angenehm berührender Form, daß ich ihm dafür meinen Dank ausspreche. Aber er hat an dieses Lob sofort sehr erhebliche Qualifikationen angehängt. Er sagt, der heilige Träger des Cultusministeriums sei doch bisher nicht im Stande gewesen, sich in Bezug auf seinen Generalstab sowohl, wie auf die Grundätze von den ihm überkommenen Traditionen zu entfernen. In wie weit es überhaupt meine Absicht ist, mich von den Traditionen der preußischen Verwaltung zu entfernen, das hat meine bis jetzt kurze, aber klar darliegende Verwaltung bewiesen; ich habe in diesem Augenblicke, da der Abgeordnete Windhorst selbst sich auf keinen Spezialfall bezogen hat, keine Veranlassung, auf das Detail einzugehen. Wenn er bemerkte, in der Spize und im Unterstaatssekretär sei eine Aenderung eingetreten, der übrige Generalstab sei geblieben, das sei ein böses Omen, da die Geheimen Räthe in Preußen einen sehr großen Einfluss hätten, so ist diese Neuerung für mich sehr wenig schmeichelhaft. Dieser Ausdruck mag vielleicht vom Standpunkt des Abg. Windhorst ein politischer Grundsatz sein, ein preußischer Grundsatz ist er nicht. In Preußen liegt die formelle und materielle Leitung der einzelnen Verwaltungszweige in den Händen des Ressortchefs, und ich sage: wie dem Ressortchef, der sich von seinen Geheimräthen die Maßregeln in die Feder dictiren läßt! Ich habe das Vertrauen, daß ich mich mit meinen Geheimen Räthen im vollen Einverständnis befinden, sie werden die Intentionen und Directiven, die sie von mir erhalten, ausführen, und ich glaube mich in dem Vertrauen auf Loyalität und Amtstreue nicht getäuscht zu haben. Was die Grundsätze betrifft, von denen der Abg. Windhorst meinte, daß ich doch mit einer gewissen Schlichtheit an deren Aenderung gegangen sei, so hätte ich allerdings gewünscht, daß mir in dieser Beziehung Gelegenheit geboten worden wäre, an der Hand einzelner amtlicher Handlungen in eine Erörterung mit dem Abg. Windhorst einzutreten.

Da er ferner mit besonderer Nachdruck betont, daß er und seine Freunde die Waffen des parlamentarischen Kampfes nicht eher würden aus der Hand legen können, als bis der kirchliche Friede nach ihren Wünschen wieder hergestellt sei, so bin ich verpflichtet, über diese hoch bedeutsame Angelegenheit einige Erklärungen abzugeben. Daß die katholische Kirche eine Institution ist, welche der Verehrung ihrer Angehörigen und der Hochachtung aller Andersgläubigen durchaus würdig ist, wird auch ein evangelischer Christ nicht bestreiten; und wenn durch die Ereignisse der letzten Zeit diese Kirche in eine Reihe von Bedrängnissen gefürzt ist, welche in ihrem weiteren Fortgang allerdings in Preußen zu ihrer völligen äußerer Herrschaft führen müßten (Hört! im Centrum), so bedauert dies Niemand lebhafter und tiefer wie ich. Es ist durchaus richtig, daß bei längerer Fortdauer unserer kirchenpolitischen Kampfes die äußere Organisation der katholischen Kirche in Preußen zerstört werden muß (Hört! im Centrum), bis zu einem Grade ähnlich demjenigen, der nach den Stürmen der großen Revolution über sie hereinbrach, Stürmen, aus denen einst die helfende Hand eines evangelischen Königs sie gerettet hat. Der Abg. Windhorst willst von mir zu wissen, welche Maßregeln vorbereitet seien, um diesen unerfreulichen Konflikten und Kämpfen ein Ende zu machen. Wenn die preußische Staatsregierung unter Zustimmung der Landesvertretung sich gezwungen gesehen hat, die Rechtsordnung ihres staatlichen Lebens mit gesetzlichen Schutzwehren zu umkleiden, gegen, nach ihrer Meinung, unberechtigte Übergriffe der katholischen Kirche, wenn sie ferner gezwungen gewesen ist, bei der fortschreitenden Schärfe der Gegenseite und der Lebhaftigkeit des Kampfes diese Vertheidigungsmittel zu verstärken, so hat sie doch niemals von der Hoffnung und dem Wunsche gelassen, daß einst eine Zeit eintrete, wo sie dieser Kampfmittel nicht mehr in dem alten Maße bedarf, wo der große Prinzipientreit in einem friedlichen Nebeneinanderleben von Kirche und Staat sein Ende finden würde.

Die Regierung hat deshalb mit besonderer Befriedigung von der auf anderer Seite bemerkbaren Neigung Kenntniß genommen, den Versuch zu machen, die vorhandenen Gegenfälle in einer ruhigen Erörterung auszugleichen, einen aufrichtigen und ernstlichen Vertrag, — ich muß die Zweifel, welche der Vorredner in dieser Beziehung aussprach, als völlig unbegründet bezeichnen. Wie weit dieser Vertrag gediehen ist und vor allen Dingen über den Inhalt desselben, darüber werden Sie mir selbstverständlich jedes Wort erlassen. (Sehr richtig! rechts.) Eines aber werden Sie mit Befriedigung vornehmen, daß der Ausgleich, wenn er uns gelingt, nur stattden wird auf dem Boden der preußischen Landesgezegung und Sie werden in der dadurch verbürgten freien Mitwirkung der Landesvertretung höchstens die sichere Gewähr dafür finden, daß, wenn wir zum Ausgleich kommen, er bei aller Schönung und Rückicht auf die kirchlichen Interessen und Bedürfnisse doch zum unverrückbaren Endziele die Rechte und Interessen der preußischen Monarchie haben muß. (Beifall.) Der Vorredner hat, von seinem Standpunkt aus ganz correct, natürlich alle Schuld auf die Seite des Staates gelegt, ihm ist die Kirche nur der unschuldig leidende Theil. (Sehr wahr! im Centrum.) Die katholische Kirche glaubt und erklärt das bei jeder Gelegenheit, im ausschließlichen und alleinigen Besitz der christlichen Wahrheit zu sein. So lange sie mit diesen Ansprüchen sich innerhalb ihrer legitimen Sphäre hält, diese Ansprüche ihren Anhängern gegenüber mit deren Einwilligung geltend macht, so hat der Staat nichts hinzuzurenden; wenn aber die katholische Kirche über diesen innerkirchlichen Interessenträger hinaustritt, sei es in das unbestrittene Alleingebiet des Staates oder auch nur in das Grenzgebiet zwischen Staat und Kirche — und sie hat dies unzweifelhaft in den albelkannnten Kundgebungen der letzten Jahre gethan — dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn mein Culturstaat das Herantreten solcher Ansprüche ohne Abwehr verträgt, am allerwenigsten unser Staat, dessen ganze historische Entwicklung, dessen Ursprung jedenfalls nicht im katholischen Gedanken liegt, dessen Dynastie seit Jahrhunderten der Hoff der Duldung und Gewissensfreiheit gewesen ist (Sehr wahr!), und dessen Einwohner zu zwei Dritteln einem Glaubensbekenntnis angehören, welches die ausschließlich göttliche Mission der katholischen Kirche nicht anerkennt. (Sehr wahr!)

Im Centrum sitzt eine durch Einheit des Prinzips und das Geschick ihrer Führer starke Partei, ich mache mir nicht an, sie zu bitten, sich einmal die Frage vorzulegen, ob sie denn ihren großen Einfluss im parlamentarischen

Leben immer in dem Sinn und nach der Richtung ausgeübt hat, daß der Wunsch des Staates, sich mit ihr zu verstündigen, dadurch in sehr hoher Masse bestärkt worden ist. Eines werden Sie anerkennen müssen: wenn Sie unentwegt auf der Durchführung Ihres Prinzipiell dem Staat gegenüber beharren, sind Sie in Preußen zu einer immerwährenden Minorität verurteilt; denn in dem Dilemma, in welches Sie den Staat durch Geltenmachung Ihrer Prinzipien drängen, müssen Sie notwendiger Weise die ganze übrige Nation von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken zu Ihrem Gegner haben. Es ist in einem Staat wie Preußen keine irgendwie denkbare politische Constellation möglich, bei welcher die Bestrebungen, welche direct oder indirect, wissenschaftlich oder unwillentlich darauf gerichtet sind, in dem wichtigsten Gebiete des Staatslebens eine auswärtige Macht an die Stelle unserer geordneten Staatsgewalt zu setzen. (Unruhe im Centrum. Sehr wahr!) irgendwie Aussicht auf Anerkennung haben. Ich muß dies sagen, weil der Abg. Windhorst trotz der großen formalen Mäßigung der Sprache seine Prinzipien mit der alten Unabänderlichkeit mir gegenüber ausgesprochen hat. Ob wir zu dem, uns allen am Herzen liegenden, von mir persönlich heiß ersehnten Frieden gelangen werden, das ist eine Frage, die in den Herzen ungezählter Millionen im preußischen Vaterlande brennt. Es wird von allen Seiten vieler Weisheit und Mäßigung bedürfen, von Seiten der Kirche, des Staates, wie der parlamentarischen Parteien. Man löst ein Feuer nicht, wenn man fortwährend brennt. Die prinzipiellen Streitigkeiten haben uns bis jetzt nicht weiter geführt; wir sollten doch einmal den Prinzipientreit begraben und den Boden der Thatsachen betreten; ich glaube mir das Zeugnis geben zu können, daß ich guten Willen zur Herbeiführung des friedlichen Nebeneinanderlebens gezeigt habe.

Die einzelnen Parteien sollten sich bei allen Dingen nicht fragen: Vergeben wir unseren Prinzipien nichts? sondern: Wie weit können wir dem Gegner entgegenkommen, ohne unsere vitalen Interessen zu verlieren? Das ist die richtige Auffassung im parlamentarischen Leben, die ich aufrecht zu erhalten versuchen werde und ich hoffe, daß dies auch von anderer Seite geschieht. Gewiß ist bei den weiteren Schritten, welche zu geschehen haben, das Amt des Cultusministers von einem gewissen Einfluß und jedenfalls von einer sehr großen Verantwortlichkeit. Der Artikel der „Prov.-Corresp.“, das kann ich dem Abg. Windhorst vielleicht zu seiner Verhüting sagen, ist nach vorheriger Einvernehmen mit mir und mit meinem vollen Einverständnis geschrieben, er wird wohl seiner sensationalen Natur durch diese Erklärung völlig entkleidet sein; er hatte nur den Zweck, die Selbstverständlichkeit, aber wie es scheint, im Auslande nicht gehörig gewürdigte Thatsache zu dokumentieren, daß der Präsident des preußischen Ministeriums, unbeschadet der Leitung der deutschen Politik, nicht die Aufgabe hat, alle Maßregeln der einzelnen Ressorts durch seine eigene Initiative vorzubereiten, daß dies vielmehr Sache des betreffenden Ressortchefs ist, und daß der Ministerpräsident nur die Verantwortung teilt für das, was mit seiner Guthebung vorbereitet und vollendet wird. Ich will auf die Details erst eingehen, wenn mir später Rechner dazu Anerkennung gegeben haben werden. Ich will nur wünschen, daß die volle Bereitwilligkeit, welche ich für meine Person zur Erreichung eines Ausgleiches habe, dazu prädestiniert sei, gute Früchte zu tragen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Hammerstein: Mit dem bloßen Bellagen des zerrüttenden Culturlampfes kommen wir nicht weiter. Es wurde der Krieg auf dem Wege der Gesetzgebung geführt, und so kann auch der Friede nur auf dem Wege der Gesetzgebung geschlossen werden. Es handelt sich eben um den laufenden Streit darüber, was innerkirchliches und was Staatsgebiet ist. Auch diese Frage ist nur auf dem Wege der staatlichen Gesetzgebung lösbar. Auf Windhorsts Frage, wie wir uns in diesem Streit stellen, erwidere ich: Es schwelen vorwärts Verhandlungen zwischen Staat und Curie, und wenn er zunächst auch keine offizielle Mitteilung davon erhalten hat, so hat er doch die Thatsache anerkannt, die auch der Cultusminister officiell bestätigt hat. Ihr gegenüber kann die conservativen Fraktion in diesem Augenblicke nichts tun, als das Resultat der Unterhandlungen ruhig abzuwarten. Wir wollen nicht romischer sein als Rom, aber auch nicht staatlicher als der Staat. Sobald das Resultat der Unterhandlungen vorliegt, wird es wohl in Form eines von der Regierung einzubringenden Gesetzentwurfes an uns gelangen. Es wird dann unser Augenmerk darauf zu richten sein, daß die evangelische Kirche, welche durch den Culturlampf besonders geschädigt worden ist, bei der Vereinbarung dieses modus vivendi nicht von Neuem den Kürzeren ziehe. Die Frage Windhorsts, wie wir uns den einzelnen Positionen gegenüber stellen, erledigt sich durch das Gesagte von selbst. Die zwischen Rom und der Curie schwelenden Verhandlungen legen uns die Verpflichtung auf, für den Staat zu stimmen auch da, wo die einzelnen Positionen als Consequenz der Maßregeln erscheinen. Diese Erklärung habe ich Namens meiner Fraktion abgegeben.

Abg. Dr. Löwe (Bochum): Ich hätte mich, zu dem inneren Zwiste zwischen Centrum und Regierung ein Wort zu sagen und werde mich freuen, wenn er beendet ist und die in Folge des Kampfes leidenden staatlichen Kräfte ihre volle Stärke wieder gewinnen. Dies führt mich auf ein anderes Gebiet, auf das der protestantischen Kirche. Ich dente, wir haben an dem Kampfe mit einer Kirche genug und brauchen nicht noch den mit einer zweiten, zu Uebergriffen ins staatliche Gebiet immer mehr hinneigenden. Wenn ich die neue Gestaltung der protestantischen Kirche ansehe, so muß ich sagen, sie reißt sich von ihrer historischen Tradition los (Widerspruch rechts), und ich halte es an der Zeit, die Regierung schon jetzt aufzufordern, so gleich beim Beginn der selbstständigen Action der protestantischen Kirche zu verhindern, daß eine Partei die andere vergewaltigt. Der Minister muß seine feste Stellung, die er der katholischen Kirche gegenüber einnimmt, auch der protestantischen gegenüber behaupten. Mit lebhaftem Bedauern constatiere ich, daß er der Auseinandersetzung Windhorsts, die frühere Verwaltung des Cultusministeriums sei unchristlich und antichristlich gewesen, nicht widersprochen hat. Schon als die Synodalverfassung ins Leben trat, sprach ich es aus, daß sie mir nicht frei genug war, daß das Wahlrecht der Gemeinden zu beschränkt, die Wahl der Geistlichen lediglich in die Hände der Kirchenbehörde gelegt sei. Nedner kommt nunmehr auf die Verhandlungen der jüngsten Generalsynode, welche eine gewisse Misshandlung gegen die Wissenschaft und ihre Leistungen an den Tag gelegt hätte. (Widerspruch rechts.) Und diese Misshandlung beruhe auf vollständiger Unkenntniß der Entwicklungsgeschichte der

nachrichtig gewesen. Daraus liegt ein Verkenntnis der rechtlichen Stellung, in welcher der preußische Cultusminister nach Emanation der neuen Kirchenverfassung sich befindet, welche — wir verdachten sie der hohen Energie und Thätigkeit meines Herrn Amtsvergängers — das Verhältnis des Ministers zur Synode nach allen Seiten hin regelt. Ihr Selbstvertretungs- und Verwaltungsrecht hat dem Staate ganz bestimmte Grenzen gesetzt. Dieser Rechtsstandpunkt hat mit beim Zusammentritt der Generalsynode die Frage nahe gelegt, in wie weit ich vor dem mir geleglich stehenden Recht, in jedem Augenblick das Wort zu ergreifen, Gebrauch machen solle, und es schien mir am richtigsten, nur dann einzutreten, wenn es sich direkt um die Verhüttung eines Staatskrieges handelt. Denn nichts ist verderbler als das Hineinreden der Staatsgewalt in freie kirchliche Verhandlungen. (Sehr wahr! rechts und im Centrum.) Bei zwei Anlässen habe ich das Wort ergriffen; zunächst beim § 27, der von Vorbildung und Anstellung der Geistlichen handelt, wo ich zu einem Antrage meine Zustimmung gab. Die Ausführung des genannten Paragraphen war schon von Minister Fall angestrebt, aber durch gewisse Umstände verhindert worden. Mir war die Ausführung vorbehalten und ich werde mich ihr unterziehen.

Das zweite Mal sprach ich über die Schulfrage. Ich habe mich da allerdings in einem Sinne ausgesprochen, den den Beifall des Herrn Löwe nicht hat. Das Haus hat aber anders darüber geurtheilt, und ich glaube, daß meine Haltung der Generalsynode gegenüber eine vollkommen correcte gewesen ist. Bezüglich des Einflusses der Regierung auf die Entwicklung der Lehre und des Bekennnisses wurde mir vom Vorredner eine Aufgabe zugewiesen, die zu erfüllen ich nicht im Stande bin. Die Regierung soll zur Verhinderung einer verhängnisvollen Entwicklung einer gewissen Tendenz im Bezug auf den Bekennnissstand entgegentreten. Dazu ist aber die Kirchenverfassung gegeben, sie soll die inneren Gegensätze ausgleichen. Welcher Strömung innerhalb dieser Kirchenverfassung das Uebergewicht bewohnt, ist für den Staat zunächst irrelevant. Mögen sie doch ihre Kräfte messen! Wenn die Generalsynode sich nahezu mit Einsimmigkeit auf den festen Standpunkt ihres alten Bekennnisses gestellt hat, so mag ja das von Manchen nicht angenehm empfunden werden. Aber die große Mehrheit des evangelischen Volkes steht auf diesem Standpunkt. (Lebhafte Beifall rechts und im Centrum.) Mag die Synode die in ihr auftauchenden Gegensätze durch die reichen Schätze des Geistes und Glaubens und durch freie Discussion selbst ausgleichen, der Staat hat keine Aufgabe dazu. Sollte sie ihre Kompetenz überschreiten, so hat der Staat jederzeit eine Waffe dagegen in dem Paragraphen zur Hand, der die Publicirung von Kirchengesetzen an seine Genehmigung trügt. Dieser Fall liegt aber Gottlob nicht vor. Die von der Synode gefassten Beschlüsse verbürgen eine segensreiche Entwicklung im Innern und ich sehe keinen Grund zur Verlegenheit. Die Synode hat sich fast einstimmig auf den Boden des evangelischen Bekennnisses gestellt; ich meinerseits kann nur wünschen, daß auch alle übrigen Synoden dabei verbleiben. (Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Sirosser: Hoffentlich beschäftigt sich das Haus heute zum letzten Mal mit inneren kirchlichen Angelegenheiten, deren Discussion ihm fast den Charakter einer Kirchensammlung verlieh. Beweis für die zerrüttende Wirkung des Cultukampfes auf die katholische und evangelische Kirche, auf den Staat und die Verwaltung sind die überhand nehmende Zuchtlosigkeit, das Wachsen der Socialdemokratie, die ruchlosen Attentate gegen unseren König. Der Abg. Löwe will von einer selbstständigen Kirche nichts wissen, gegen die der Staat vielleicht einen zweiten Cultukampf zu führen haben würde. Es gibt ja Leute, die die Kirche nur als ein Departement des Staates betrachten und auch einen christlichen Staat nicht anerkennen wollen. Gott sei Dank, unsere Staaten sind noch christliche und an uns ist es, ihnen diese Signatur zu erhalten. Nicht der Staat hat der Kirche ihre Verfassung verliehen — das wäre die Kirche in ihrer traurigsten Gestalt — ihre Verfassung ist auf kirchlichem Boden erwachsen, und die Kirche gehörte einer höheren göttlichen Ordnung. Wir haben stets die freie Fortschitung in der evangelischen Kirche gefordert; die Wahrheit aber kann sie uns nicht bringen; die bestehen wir in Gottes unerschütterlichem Wort. Die Generalsynode hat den Entwurf der Kirchenverfassung genau eben so geprägt wie wir in diesem Hause die uns vorgelegten Gesetze; von einem unfreundlichen Geiste der Synode kann keine Rede sein. Das Recht der Gemeinde, den Bekennnissstand zu bestimmen, führt in nothwendiger Consequenz dazu, daß auch jedes Gemeindemitglied sich seinen Glauben selbst bildet; damit ist aber alles kirchliche Leben erstickt. Für solche Leute ist nur Blaß in den freien Gemeinden. Der Wunsch, daß die kirchlichen Oberbehörden bei Besetzung der Professuren der evangelisch-theologischen Facultäten gehört werden sollen, ist ein ganz natürlicher, damit nicht für den Dienst der Kirche Männer ausgebildet werden, die gegen die Grundlagen derselben gerüttelt sind.

Die Mitglieder der Synode haben durch ihre Thätigkeit genug bewiesen, daß sie der Wissenschaft nicht feindlich gegenüberstehen, sondern ihr völlig gewahrt sind. Die Vorwürfe des Abg. Löwe gegen dieselben sind also ebenso ungerechtfertigt, wie seine Beschuldigung des Kryptokatholicismus gegen den König Friedrich Wilhelm IV., den ich bis zu meinem letzten Abhängen hochverehrte. Der unglückliche Cultukampf, der seit 9 Jahren getobt hat, ist jetzt in der Abnahme begriffen, alle Parteien sind seiner müde. Birchow hat seine Geneigtheit zur Beendigung des Kampfes neulich ausgesprochen, Löwe ein gleiches heute gethan, und als Ritterkavalier hier an seine Thätigkeit im Cultukampf erinnert wurde, da verfragte ihm sein Gedächtnis, so weit schien er schon hinter ihm zu liegen. Die rechte Seite hat ihr Friedensbedürfnis in ihren Programmen stets betont, der Minister des Innern hat den gleichen Wunsch ausgesprochen, als er das Oberpräsidium in Hannover verließ, und nun verweist uns die „Provinzial-Correspondenz“ in erster Linie auf den Cultusminister. Ich glaube, in bessere Hände kann man die Sache nicht legen und der Herr Minister wird sich mit seinem warmen Herzen dieser Aufgabe widmen. Es herrscht im Volke schwere Klage über die Besetzung der Schulaufsichtsdämter; darüber, daß in katholischen Schulen evangelische Inspectoren die Aufsicht führen und umgekehrt. In zwei Lehrerseminaren des Regierungssbezirks Düsseldorf stellen katholische Schulräthe den Aspiranten des Lehramts das Urteil aus, daß sie zur Anstellung an evangelischen Schulen befähigt sind. Das sind unhaltbare Zustände und wir hoffen, daß der Cultusminister bei seinem Wohlwollen das, was auf dem Verwaltungsweg eingeführt worden ist, auf demselben Wege auch wieder beseitigen wird. Dann wird bald der volle Friede eintreten.

Abg. Wiedwald (Elbing): Bei dem Rücktritt des Ministers Fall wurde in meiner Vaterstadt die Befürchtung laut, daß nicht nur ein Personen-, sondern ein Systemwechsel eingetreten sei. Diese Befürchtung ist bei der Entscheidung in der Elbinger Schulangelegenheit zur Wahrheit geworden. Ich will nicht alle falschen Befürchtungen, die bei jener Gelegenheit gegen die städtischen Behörden erhoben worden sind, widerholen, sondern nur erwähnen, daß der Magistrat einstimmig und die Stadtverordneten mit allen Stimmen gegen die eine des Haushalters, der mit zwei Anderen die Petition unterschrieben hat, gegen die harte und ungerechte Neuordnung des Cultusministers, er habe in Elbing eine unterdrückte kirchliche Minorität Schulgewahren müssen, einen Protest erlassen haben, für den auch strenggläubige Katholiken gestimmt haben, deren Einer, ein geachteter Arzt, bedauerte, daß einige ultramontane Heilsphäre Unfrieden in eine sonst friedliche Gemeinde geworfen haben. (Oho! im Centrum.) Der gute Sinn der Elbinger Bürgerschaft wird diesem Unfrieden auch in Zukunft zu begegnen wissen.

Minister v. Puttkamer: Ich bin dem Vorredner dankbar, daß er auf die Elbinger Angelegenheit nicht speziell eingegangen ist, die nach allseitiger Prüfung erledigt worden. (Widerspruch links.) Der Vorredner hat mich aber persönlich angegriffen. Man ist von mir gewöhnt, daß ich mich ziemlich vorsichtig und sorgfältig in parlamentarischen Debatten ausdrücke; wenn ich also erklärt habe, ich müßte in Elbing einer unterdrückten kirchlichen Minorität zu Hilfe kommen, so habe ich diesen Ausdruck in voller Absicht gewählt. Ich muß, nachdem die städtischen Behörden sich verlebt gefühlt und öffentlich gegen mich demonstriert haben, mein Erstaunen über die Kühnheit ihrer Ansicht ausdrücken. Ich habe doch die Gründe für meine Ansicht auffällig nachgewiesen, und es sind inzwischen neue hinzugekommen. Ich habe mich erst vor wenigen Wochen gezwungen gesehen, den Elbinger Magistrat durch die Regierung in Danzig anzuzeigen zu lassen, daß er endlich in der höheren Töchterhöre einen katholischen Religionsunterricht einrichtet, wo er jüdische schon längst auf seine Kosten ertheilen läßt. (Hört! Hört!) Das beweist für die in Elbing herrschende Tendenzen, und ich habe es erwähnt, weil ich probierte worden bin.

Abg. Stöcker: Diese Berahrungen berührten die feinsten und empfindlichsten Stelle unseres staatlichen Lebens. Wir keben in den ersten Anfängen einer Hoffnung auf friedliche Lösung des gordischen Knotens unserer kirchenpolitischen Situation. Die urale Frage des Verhältnisses von Staat und Kirche ist bei uns um so schwieriger zu lösen, als zwei Kirchen mit verschiedener geschichtlicher Entwicklung nebeneinander stehen. Unter preußischer Staat ist aus evangelischen Prinzipien erwachsen, er hat aber dem Katholizismus immer nicht nur Toleranz, sondern Parität gewährt, und dadurch ist das Verhältnis in Preußen ein ganz anderes als in allen übrigen Ländern. Die evangelische Kirche glaubt an eine allgemeine unsichtbare Kirche, die alle Konfessionen geschwisterlich umfaßt. Da kann ich den Wunsch nicht unterdrücken, daß zu der äußeren Parität beider Kirchen in Preußen eine gewisse innere Anerkennung hinzutome. Ich bitte die

Herren vor dem Centrum, daß sie ihren Einfluß auch in Rosa, wo man uns nicht kennt oder doch nicht gut kennt, dahin geltend machen, dieses Verhältnis der kirchlichen Anerkennung in ruhigere Bahnen zu leiten. Die Lösung der Frage der Stellung des Staates zur Kirche ist stets gescheiter, und sie kann auch nicht im ersten Anlauf gelöst werden. Das verloste kirchenpolitische System schwankte in einer gewissen Unklarheit zwischen dem äußeren Begriff der freien Kirche und dem Festhalten am alten Staatskirchenhum. Wir schulden dem früheren Minister für unsere Kirchenverfassung Dank, aber wo es galt, die Kirche in wirkliche Unabhängigkeit vom Staat zu bringen, da verließ uns das System. In dieser Beziehung ist der Staat den Angelegenheiten der Kirche beihilft: rücksichtlich der Lehre, der Verwaltung, der Gesetzgebung und der Besteuerung. Bezüglich der Lehre fordern wir eine Mitwirkung der kirchlichen Oberbehörden bei der Besetzung der Lehrstühle der theologischen Facultäten in der Absicht, die Wissenschaft der Theologie mit der praktischen Kirche in näherer Berührung zu bringen.

Wir wollen gern die Universitäten ein Juwel unseres Geisteslebens nennen, können aber nicht zugeben, daß die Facultät über der Lehre steht, und es kann nicht gleichgültig sein, wenn vom Katheder herab widerkirchliche Lehren vorausgetragen werden. Das ist die ungünstige Weisheit, sich auf organische Weise Mächte zu erzeugen, mit denen man dann nicht fertig werden kann. Diesen Fehler hat auch in den letzten Jahren die politische Weisheit gemacht. Die Generalsynode hat ihre Kompetenz nicht überschritten und auch die Gemeinderechte nicht unterdrückt. Das Reden von den Gemeinderechten hat nur dann einen Sinn, wenn man auch die Gemeindeylehren nicht vergibt. Mit einem Standpunkt, der das Bekennniß verwarf, kann man nicht mehr reden, mit solchen religiösen Meinungen kann sich der Staat nicht einlassen. Die antikirchlichen Parteien sind es, die die Losung auf den Markt werfen, man müßte das Christenthum mit der Cultur ausführen, während es sich doch umgekehrt darum handelt, die Cultur mit dem Christenthume zu verbünden. Sobald die Kirche sich gegen die Gefahren einer antikirchlichen Weltanschauung wehrt, so beschuldigt man sie der Intoleranz und hierarchischer Gesinnung. Die Kirche hat gerade in den Wirren der jetzigen Zeit die Aufgabe, dem Staat große Dienste zu leisten, und unterzieht sich derselben mit Beteiligung; sie kann aber diese Aufgabe nicht erfüllen, wenn sie in zwei Richtungen gespalten ist. — In einer Wählervorberammlung sagte der Abg. Löwe (Berlin): „Die Schulen werden jetzt unter dem conservativen Regiment wieder Pfanzstätten der Verdummung, Deutchelei und Unfrödigkeit werden.“ (Hört, hört! Heiterkeit.) Der Abg. Löwe ist ein Jude, die ihm aber zustimmen, waren Christen. Der Abg. Straßmann, der sich in derselben Lage befindet, hat gesagt: „Die kirchliche Reaction nimmt einen tückigen Anlauf; es sind schon nicht mehr die gewöhnlichen Dummköpfe, sondern Reberichter, die den Andersgläubigen am liebsten auf dem Scheiterhaufen verbrennen würden. Möge Gott sie nicht nach ihren Thaten richten, denn ihre Jungs ist gleich der der giftigen Viper, und ihr Odem wie die Miasmen, in denen sie hinleben.“

Wenn wir in der Hauptstadt so stehen, daß wir uns derartiges vom Publikum lassen müssen, dann nehmen Sie es einem christlichen Hofsprecher nicht übel, wenn er in höflichem Tone solche Angriffe zurückweist. (Beifall, Widerspruch.) Was die gesetzgeberische Thätigkeit anlangt, so kann doch von einer Freiheit der Kirche nicht die Rede sein, so lange der Staat sich das Recht vorbehält, innere kirchliche Fragen, selbst die des Gesangsbuches und des Katechismus, mit zu entscheiden. Wir erstrebten eine größere Unabhängigkeit der Kirche, und der Staat braucht eine freie Kirche, die ihn im Kampfe gegen die Mächte des Unmoralen unterstützen. Die Religion verträgt es in den jetzigen geistigen großen Kämpfen nicht, unter den Staat gestellt zu werden. Jede Kirche ruht am festesten auf der freien Überzeugung ihrer Mitglieder und Gottes lebendigem Wort. Gehen wir zur Frage des Verhältnisses des Staates zur Schule über, so wünschen wir dem System der Simultanenschule, das schon in der Ueberwindung begriffen ist, ein baldiges Ende. Trotz unseres hoch entwickelten Schulsystems herrscht doch in weiteren Kreisen des Volkes ein unglaublicher Mangel an Harmonie mit den christlichen Grundlagen unserer Cultur. Gegenüber dem antiken Element, dessen Bedeutung ich nicht verleenne, muß das christliche Element mehr gefährdet und die gute deutsche Bürgerschule für den Mittelstand mehr gefördert werden. Unser ganzes Volksleben muß von den Elementen der christlichen Bildung durchdrungen werden, denn alle bösen Geister sind entfesselt. Auch ein reichbegabtes Volk geht dem Verderben entgegen, wenn ihm die göttliche Anschauung mangelt. Dieses sind die nächsten Aufgaben unseres Staates; lösen wir dieselben mit Behutsamkeit. (Lebhafte Beifall rechts und im Centrum. Bischen links.)

Abg. Windhorst: Eine so vom christlichen Geiste durchwühlte Rede, wie die soeben gehörte, könnte nicht auf allen Seiten Beifall finden, aber jeder, der an dem Christenthum festhält, muß sie unterschreiben. Es ist wohlthuend, daß die Frage des Cultukampfes jetzt auf allen Seiten mit so großer Ruhe erörtert wird, und namentlich hat mich die Erklärung des Abg. von Hammerstein erreut. Ich begreife, daß die conservativen Partei den schwedenden Verhandlungen gegenüber ebenso wie wir eine gewisse Reserve beobachten, aber ich freue mich über die unumstöndliche Erklärung, daß sie bereit ist, die auf Grund dieser Verhandlungen kommenden Vorschriften zu unterstützen. Leider war die conservative Partei lange abwesend und auch ihre wenigen Abgeordneten haben eine gleiche Erklärung früher nicht abgegeben. Auch der Abg. Löwe (Bochum) hat abweichend von früherer Zeit den Wunsch nach Beseitigung des Cultukampfes ausgesprochen, nur, setzt er hinzu, müßten die unveräußerlichen Rechte des Staates gewahrt werden. Diesen Satz unterschreibe ich auch, es kommt nur darauf an, was man „unveräußerliche Rechte des Staates“ nennt. (Heiterkeit.) Aber man vereinigt sich über Prinzipien schwer, es gilt ohne Aufgebung derselben, das Leben zu ordnen, wie das Schreiben des Kontrahenten an den Papst mit Recht ausführt. Der Satz: „Der Staat kann einseitig Alles ordnen“ hat ja eben diese ganze Verwirrung verursacht. Dem Minister danke ich für die wohlwollende Weise seiner Ausführungen, die wir seit lange vom Ministerium nicht mehr gewohnt waren. Aber ich kann ihm doch nicht zugeben, daß die preußischen Katholiken auf dem Gebiete, das dem Staat gehört, einen auswärtigen Souverän kennen, auf kirchlichem Gebiete ist Ihnen allerdings ihr Oberhaupt von dem Stifter ihrer Kirche selbst eingesetzt. Der Staat Preußen hat seine katholischen Untertanen mit diesem ihren Bekennniß übernommen und er muß sie schützen als das, was sie sind. Dieses Recht haben die preußischen Katholiken von Natur, durch völkerrechtliche Verträge und durch die verschiedenen Patente der preußischen Könige bei ihrer Besitznahme der verschiedenen Landesteile, und an einem Königsworte darf man nicht zweifeln. Der Minister behauptet, ein preußischer protestantischer König habe in Anfang dieses Jahrhunderts die katholische Kirche ausgerichtet. Dies ist nicht der Protestant, sondern der Landesherr.

Diese Unterscheidung ist wichtig in einem Momente, wo die Krone Preußen eine so wichtige Stellung in Deutschland einnimmt. Ob es gerechten ist, in einem solchen Momente die protestantische Seite der Dynastie, wie es geschieht, zu betonen, erscheint mir zweifelhaft. Wie sind befriedigt, wenn die Dynastie treu zu ihrem Bekennniß steht, aber wenn es sich um ihre Regentenpflichten handelt, dann kann unter keinen Umständen das Bekennniß eine Bedeutung haben, dann handelt es sich um den Rechtschluß, den die Dynastie nach ihrem göttlichen Berufe dem ganzen deutschen Volke leisten muß. Wir sind nicht geduldete Schafe, sondern wir sind vollkommen gleichberechtigt in Deutschland. In allen geschäftlichen Wendepunkten des Deutschen Reichs stand die Erörterung der kirchlichen Fragen im Vordergrund. Als die Katholiken in der Majorität waren, verlangten die protestantischen Garantien für ihre freie Religionsübung, dasselbe thun jetzt die in der Minorität befindlichen Katholiken. Statt der Garantien haben Sie uns die Maigesetze gegeben, das war ein schwerer Irrthum und die daraus resultierende Missbilligung kann das neu gegründete Deutsche Reich nicht seitsigen. Man hätte diese Fragen gleich im constituirenden Reichstage verfassungsmäßig ordnen sollen. Es ist befriedigend, daß jetzt in Baden Landesherr und Regierung sich zusammenrufen, um den Unfall der sogenannten Liberalen, die dort das Land beherrschten, ein Ende zu machen. Ich hoffe, daß das vor guter Vorbedeutung ist. Es ist unzweckmäßig, daß, wenn eine Verständigung mit Rom erfolgt, auf dem Wege der Landesgesetzgebung die Hindernisse weggeräumt werden müssen, welche der Ausführung dieses Ausgleichs entgegenstehen. Offenbar werden dann hier keine Schwierigkeiten bereitstehen. Ich habe die Erklärung, daß ernste Verhandlungen stattfinden, mit Freuden begrüßt, aber es ist sehr hohe Zeit, wir können nicht lange mehr warten, wir müssen Frieden im Hause haben, ehe die Stürme von außen kommen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Stengel: Auch wir (die Freiconservativen) wünschen den inneren Frieden, obwohl der Abg. Windhorst mißverständlich die Neuerungen des Abg. Tiedemann in entgegengesetzter Weise aufgefaßt hat. Meine Partei hat die Regierung bei den Maigesetzen unterstützt, weil das notwendig war, obwohl es uns schmerlich war, daß dadurch viele unserer katholischen Bürger in ihrem religiösen Bewußtsein gekränkt wurden. Wir werden die Regierung auch ferner auf diesem Wege unterstützen, wenn dieselben Verhältnisse fortduern, wenn es nicht gelingt, mit der Kirche einen modus vivendi zu vereinbaren, den Preußen acceptiren kann. Wir halten stets

fest an dem Rechte des Staates, auch Geseze auf kirchlichem Gebiete zu geben, soweit es nicht das innerkirchliche Gebiet betrifft. Wir glauben aber, daß der Staat dieses Recht mit Weisheit und Mäßigung üben müsse. In diesem Sinne werden wir die an uns kommenden Vorlagen der Regierung prüfen, wir wünschen, daß sie bald kommen zum Wohle der katholischen Kirche Preußen und zum Wohle des Staates. (Beifall rechts.)

Abg. Knörde: Ich bin mit dem Abg. Stöcker darin einverstanden, daß wir dem Minister Fall die selbständige Organisation der evangelischen Kirche danken. Die Freiheit der Kirche nimmt er aber nur für seine Aktion in Anspruch, die er als allein berechtigt in der Kirche hinstellt. Wir geben nicht zu, daß sie allein wahrsame Mitglieder der evangelischen Kirche sind. Wir protestieren gegen die Unterstellung, daß wir die Religion gering achten. Sie identifizieren nur Religion und Kirchlichkeit, christlich und konfessionell. Sie glauben das Sittlich-Religiose in Generalpact genommen zu haben. Ich weiß entschieden die Behauptung zurück, daß die Verwaltung des Ministers Fall nicht vom christlichen Geiste bewegt, belebt gewesen ist. Obwohl ich das System des jetzigen Cultusministers für verhängnisvoll halte, so zweife ich doch nicht, daß er von den besten Intentionen bestellt ist. Ein Mann wie der Minister Fall, der so viel gearbeitet hat für Schule und Kirche, verdient einen solchen Vorwurf nicht. Ich bin mit dem Abgeordneten Stöcker einverstanden über die Notwendigkeit einer Mittelschule, aber dieselbe darf nicht organisiert werden auf dem Vorschulsystem, sondern sie muß ihre Grundlage in der Volksschule haben, sonst wird unsere Volksschule immer mehr zu einer Armenschule herabgedrückt. Die allgemeine Volksschule hat ja auch eine verborragende sociale Bedeutung, und deshalb sollte sich der Abg. Stöcker für sie interessieren. Die Generalsynode hat mit der von ihr beschlossenen Trauordnung die Interessen des Staates verletzt. Mit der Zusammensetzung der Che im Transformular negirt sie das Civilstandsgesetz, wonach der Staat die Che schlicht und die Kirche nur die Einsiegung überläßt. Durch eine solche Durchbrechung der Gesetze erschüttert man den Glauben des Volkes an die Heiligkeit des Gesetzes, und das ist verderblich. Ich wünsche eine Erklärung des Cultusministers, ob er für diese Trauordnung die Sanction des Staates zu erwirken beabsichtigt. Ist das der Fall, dann muß ich sagen, daß er das Recht des Staates an diesen Punkten der Kirche gegenüber nicht genügend wahrnimmt. (Beifall links.)

Minister v. Puttkamer: Die Bemerkungen des Vorredners zeigen, wie groß vielfach die Verwirrung der Begriffe über Staats- und Kirchenverhandlungen ist. Er wirft mir vor, daß ich nicht in der Generalsynode gegen deren Beschlüsse Opposition gemacht habe. Wozu sollte ein solcher Zustand führen, wenn der verantwortliche Minister, der die Erklärung des Gesamtministeriums über die Beschlüsse der Generalsynode vorzubereiten hat, in einem Stadium, wo sie ihm noch ganz indifferent sind, sein Pulver verschieben und an den Verhandlungen teilnehmen wollte? Ich bin mit voller Bewußtsein den Verhandlungen fern geblieben, um für meine fernere Entwicklung freie Hand zu behalten. Auf die Frage, ob ich geneigt bin, im Staatsministerium die Beschlüsse der Generalsynode zur Genehmigung zu empfehlen, kann ich nicht antworten, da mir diese Beschlüsse noch gar nicht vorliegen. Ich werde die Trauordnung aufs Grausste in Bezug auf den vom Vorredner hergehobenen Gesichtspunkt prüfen, ehe ich dem Ministerium Vorschläge mache. Wenn mich mein Gedächtnis aber nicht ganz täuscht, geben diese Beschlüsse nicht über das hinaus, was auf Empfehlung meines Amtsvergängers der hannoverschen Synode concedirt worden ist. Dies wird für meine Sellungnahme sehr maßgebend sein. Das diese übrigens mit der Stellung des Abg. Knörde sich nicht decken kann, wird Ihnen noch meiner ganzen Sellungnahme klar sein.

Abg. Schorlemmer-Alst: Wir haben leider von den Schmerzen, die der Cultukampf den Freiconservativen gemacht haben soll, nie etwas gemerkt; sie schienen vielmehr mit Freude daran Theil zu nehmen. Ich bin denjenigen trocken dankbar, daß Sie jetzt auch den Cultukampf beenden wollen. Es war für Sie aber auch die höchste Zeit, denn ebenso wie die Liberalen, sind auch Sie durch den Cultukampf sehr zurückgegangen. (Widerspruch bei den Freiconservativen), nicht an Zahl, aber an Einfluß, bei der Regierung. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß so viele Staatsmänner und Regierungbeamte aus Ihrer Partei hervorgehen werden, wie früher. Indessen kann man sich mit solchen Weissagungen auch irren. So irrte ich mich, als ich sagte, wenn der Cultukampf aus sein würde, werde es auch mit dem Minister Fall aus sein; es ist mit ihm schon viel frischer ausgeworden. Wir bedauern sehr, daß auch unter den Protestanten jetzt die übrigens überaus beliebten Aussichten des Cultukampfes ausgebrochen ist, da wir die Leiden eines solchen kennen. Ich bestreite Herrn Knörde, daß die Che durch den Staat geschlossen wird. Die Civileile hat große Verwirrung der Begriffe darüber geschaffen, in welcher Form die Che zu schließen ist, daher die große Zahl von unfröhlichen Ehen und Kindern, die aus dem Heidentum noch nicht herausgekommen, noch gar nicht getauft sind. So kommt es, daß Sie in einer Nummer der „Vossischen Zeitung“³ Annonsen finden, in denen Mütter ihre Kinder zum Verschenken, d. h. zum Verkaufen ausbieten. Dazu kommt man, wenn man vom Christenthume keine Idee mehr hat. (Unruhe links.) Die wohlwollenden Neuerscheinungen des Ministers werden im ganzen Lande beständig aufgenommen werden. Die Sprache seines Vorgängers war von einem wahren Fanatismus gegen Rom und die katholische Kirche befehlten. (Oho! links.)

Ich bestreite, daß der Staat eine Schuhwehr gegen uns nötig hätte und wir auf den wichtigsten Gebieten des Staates die Einwirkung einer auswärtigen Macht zulassen wollten. Die katholische Kirche in Preußen hat keine Uebergriffe in das Gebiet des Staates erlaubt, sondern umgekehrt der St

drücklich mit ganzer Hingabe vertheidigt habe. Sie würden das nur dann fordern, wenn Sie glaubten, daß ich nicht mehr derselbe sei, der ich war. Nun ich denke, in den Verdacht komme ich nicht. (Rufe: Nein!) Ich bin auch der Meinung, daß ich von meinen Grundsätzen weichen wollen und können, ich wäre noch an dieser Stelle. Persönlich drängt mich also nichts zum Reden. Ich habe während meiner Amtsahre Anschauungen und Grundsätze zum Ausdruck und theilweise auch zur Anerkennung gebracht, die in weiten Kreisen die des preußischen, ja des deutschen Volkes gewesen sind. (Sehr wahr! links.)

Die Träger dieser Anschauungen sind in einem ähnlichen Verhältnisse wie ich: Ich bin nicht mehr im Amte und sie sind juridisch drängt, von einem Theil der wandelbaren Menge verlassen worden. Gleichwohl glaube ich, daß der Kern dieser Anschauungen doch schließlich zum Siege kommt, eine Überzeugung, die ich aus der Geschichte schöpfe. Wenn man für solche Grundsätze und ihre Verwaltung einzutreten hat, kann allerdings das Reden ihr besonderer Pflicht werden, wenn nämlich eine Discredibilität dieser Verwaltung durch ungerechtfertigte Angriffe eingetragen ist. In diesem Falle befürde ich mich heute. Man läßt mir heute noch meinen Frieden nicht. Wenn man glaubt, irgend ein Artikel sei besonders unangenehm, so bekomme ich ihn gewiß unter Kreuzband zugesendet, und Weihnachtsfest. Ich bin so lange im Amte geblieben, daß die Aussöhnung in meiner Hand lag. (Leider!) Hätten Sie das gewußt, so wären Sie vielleicht auf einen andern Weg gekommen. (Widerspruch.) Der Friede, den ihr kampfesmuthiges Temperament zu erreichen hoffte, ist nicht erreicht worden. Die Ursulineninnen-Anstalt in Arzweiler z. B. wurde auf dem einzigen geistlichen möglichen Wege erhalten, weil sich die Oberin berathen ließ vor einem nicht leidenschaftlichen Katholiken, dem Sie die Katholizität nicht absprechen werden. (Ruf: Doch! Altkatholisch! Heiterkeit!) Der Beigeordnete von Koblenz soll altkatholisch sein? Wenn Sie Ihre Sache nicht besser begründen können, dann ist es schwach damit bestellt. Wo als verständige Berather gewesen sind, da war es möglich, auch mit einem sogenannten schlimmen Minister zu einem guten Resultat zu kommen. Man hat recht viel darüber gesprochen, welche Gründe mich bestimmt haben, S. Majestät zu bitten, mir einen Nachfolger zu geben. (Ahal!) Sage ich da etwas Unwahr? Haben Sie denn die Zeitungen nicht gelesen? Ich habe darauf zu erwiedern, daß Dicjenen das Rechte gesunden haben, die meinen, die Gesamtsituation aller Verhältnisse habe mich zu diesem Schritte gedrängt.

Aber diese Gesamtsituation zeigt sich doch schließlich aus einer Reihe einzelner Momente zusammen und eines dieser Momente will ich berühren; ich kann dies um so eher, als meine Worte eigentlich nur eine Verificierung dessen sind, was auch seiner Zeit in vielen, ich glaube sogar mit dem Charakter der Officiorialität versehenen Blättern gestanden hat. Ich bin nicht kurzfristig und eng genug gewesen, um mir nicht einen Gedanken als einen richtigen lange vorzuhalten. Wenn vor Jahren von der damals rein hypothetischen Möglichkeit die Rede war, es könne zu einem Frieden auf diesem Gebiet kommen, so habe ich — der Zeugen befinden sich in diesem Hause ebensoviel wie draußen — meine Überzeugung dahin verlautbart, daß ich für ein derartiges Verhandeln für die Herbeiführung des Friedens nicht der geeignete Mann sei (Sehr richtig! im Centrum), und zwar ist diese Überzeugung im Laufe der Zeit, als jene Möglichkeit nicht mehr hypothetisch, sondern reell wurde, immer stärker in mir hervorgetreten. Ich habe nur in dieser Beziehung bei andern Entscheidungen diese Überzeugung nicht gewonnen. Bis zum vergangenen Jahre habe ich allerdings gemeint, es könnte nun Niemand mehr bestreiten, daß meine Würdigung dieser Frage die richtige sei. Ich weiß ja, daß — es mag nun recht sein, daß man mich dahin getrieben und das erreicht hat, — oder unrichtig — große Massen der katholischen Bevölkerung in Verkenntnis meines Thuns und Wollens mich als die Person ansiehen, mit der ein Friede nicht gemacht werden könnte. (Sehr richtig! im Centrum.) Diese Thatache konnte ein verständiger Mann nicht außer Acht lassen. Und fehlt es denn auch an Gelegenheit, mir diese Thatache immer wieder vor Augen zu rüden?

Darf ich nicht an die Presse des Centrums erinnern, an die Reden seiner Führer, des Abg. Windthorst im Reichstage und in der Commission? Glauben Sie denn, daß ich nicht weiß, wie berechtigte Vertreter, ja das Haupt selbst der Curie sich über meine Person ausgesprochen haben? Weil ich nun diese Überzeugung gegen Jedermann vertreten zu können meinte, habe ich einen der Gründe dafür, daß ich S. Majestät um meine Entlassung bat, aus meiner Ungeeignetheit zum Frieden entnommen. Ist das ein Beweis von Friedesfähigkeit? Ich habe nur noch einige Bemerkungen zu machen und hoffe damit Sie für diese Session von der Last zu befreien, mich anzuhören. Der Abg. Windthorst sprach heute wieder von den Verfolgungen der katholischen Kirche zu unserer Zeit. Trotz der Anerkennung, die ich dem Abg. Windthorst seit langer Zeit zu zollen Ursache hatte, hat mich das doch immer peinlich berührt, wenn er es so darstellte, als würde der alte Heide, wenn er heute aufwachte, sich wundern, in welcher Bedrängnis sich die katholische Kirche befindet. Ich weiß nicht an welchen alten Heiden er gedacht hat, aber ich vermuße mindestens an Diocletian oder Julianus Apostata (große Unruhe und Heiterkeit). Diese Behauptungen sind total falsch. Ich kann mit ja denken, daß die Herren vom Centrum von Zeit zu Zeit oder auch recht häufig das Bedürfnis fühlen, diesen Satz wieder auszusprechen, es könnte sonst der Glauben an denselben etwas schwächer werden. Ich kann natürlich nicht sagen, denn das wäre unparlamentarisch, der Abgeordnete Windthorst spreche gegen seine Überzeugung. Das macht mir um so mehr Verlegenheit, als er diesen Theil der Geschichte doch unzweifelhaft kennt.

Ich würde fürchten, mit dem Präsidenten in einem gewissen Widerstreit zu kommen, wenn ich den vom Abg. Windthorst über den jetzt an der Spitze der Verwaltung der Staatschulen stehenden Mann gemachten Vorwurf nach Verdienst charakteristischen Unrecht gehalte. Ich kenne keinen Mann, der so von der Religion, vom positiven Christentum so durchdrungen, wie er. Dem Vorwurf, daß ich den Unglauben und die Verhetzung der Socialdemokratie gefördert habe, bin ich vor Jahr und Tag begegnet. Das ich den Abg. v. Schorlemers Alst nicht überzeugt habe, wundert mich nicht, aber er hätte für diesen erneuten Vorwurf doch sachliche Gründe bringen sollen. Ich habe bewiesen, daß die sozialdemokratische Generation nicht in der kurzen Zeit meiner Schulverwaltung, sondern unter der der Raumerschen Regulatur aufgewachsen ist. Der Abg. v. Schorlemers muß ein kurzes Gedächtnis haben. Wie lange ist es denn her, daß die Herren vom Centrum mit Hilfe der Sozialdemokratie in den Reichstag gegangen sind? (Sehr gut links; große Unruhe in Centrum.) Die Herren meinen, daß er bei mir regelmäßig schlug, sind in Wahrheit vorhanden, ich erinnere sie noch einmal an meine Rede vom 15. Januar 1879.

Soll ich also nicht sagen, er habe einen wenig geschickten Lehrer gehabt, so muß ich annehmen, er habe diesen Theil der Geschichte wieder vergessen.

Für Gedächtnisschwäche kann ja Niemand. Ich muß auch leider immer wiederholen, daß nicht die Gesetze das herbeigeführt haben, was wir alle beklagen, sondern, wie der Minister schon sagte, der Widerstand gegen dieselben. (Große Unruhe im Centrum.) Ein großer Theil der Gesetze findet gar keine Anwendung, wenn der Widerstand nicht eintritt. (Sehr richtig! links; Lachen im Centrum.) Vor dem heute angegriffenen Gerichtshof wird sehr wenig zu spüren sein, wo die kirchlichen Oberen sich zu dem entschließen, wozu sie sich anderweitig mit der größten Leichtigkeit entschlossen haben, Anzeige zu machen bei der Staatsregierung von der beabsichtigten Anstellung eines Geistlichen. Man wird mir vor, ich hätte immer nur negativ zerstörend gewirkt. Ich könnte mehr als eines der Gesetze bezeichnen, denen kein gesetzliche Bedeutung absprechen kann, z. B. das Vermögensverwaltungsgesetz. Ich will aber das Positive in etwas anderer Richtung suchen, durch die geistige Regelung vieler Fragen. Wollte ich die Entscheidung über diese Dinge dem Senat der Verwaltungsbürokratie und des jeweiligen Ministers entziehen. Deshalb verhorreschten Sie auch den kirchlichen Gerichtshof, denn Ihnen ist der einzelne Minister lieber, der ist wandelbar, wenn er bestimmt wird von rechts und links, von oben und unten. Welches Maß von Kraft nötig ist, um hier zu widerstehen, weiß ich am besten. Ein Einzelner wird immer diesen unberechtigten Einfüssen zugänglicher sein, als eine Institution. Häufiger aber ist durch die Maßregelung darin gewirkt worden, den Staat wieder zum Herrn auf seinem eigenen Gebiet zu machen, wo er nicht mehr seinen Pflichten allen Confessionen gegenüber in vollem Maße gerecht werden konnte. Damit ist der Staat in eine Position gekommen, in welcher er anstreben und abwarten kann, bis die andere Seite zu einem Verständnis kommt. Eine Auseinandersetzung des Ministers von Bismarck bestätigt, daß diese Position bei den jetzigen Verhandlungen auch ihre Bedeutung geltend macht. (Lebhafter Beifall links — Lachen im Centrum.)

Abgeordneter Windthorst: Ob die Biographie, welche der Abgeordnete Fall von dem Minister Fall gegeben, ganz seinen Wünschen entspricht, wenn er sie nochmals liest, und wenn es einer Kritik unterzogen wird, weiß ich nicht. (Heiterkeit!) Ich hätte ihm lieber den Rath gegeben, aus dem öffentlichen Leben eine Zeit lang ganz zu verschwinden. Heiterkeit, das Wiedererlösen pflegt dann interessanter zu sein. Der Herr College außer Diensten (Heiterkeit) hat sich in vielen Punkten zu rechtfertigen gehütet; ich kann heute nicht auf alle Punkte eingehen, wir werden das später tun können. Besonders hat er sich gegen den Vorwurf gewendet, daß unter seiner Amtsleitung die Religionsfreiheit des Volkes zurückgegangen sei; die Geschichte wird unzweifelhaft von seiner Amtsleitung sagen: es wurden alle bösen Leidenschaften entfesselt und unter ihrem Sturm sind die religiösen Überzeugungen zurückgegangen; man suchte Kampftrossen gegen die christliche Kirche und war darin nicht wäblerisch; man wähle die Bundesgenossen, die am wenigsten vom Glauben biegen. Jeder, der Abneigung gegen das positive Christenthum documentierte, konnte auf Förderung rechnen. (Heftiger Widerspruch.) An den Schulen und Universitäten wurden derartige Männer angestellt. (Unwahl!) Wo ist ein gläubiger Katholik oder Protestant befördert? Nicht mit Unrecht hat die Generalsynode ihre Mithilfe bei der Befreiung theologischer Professuren verlangt, sie durchkreuzt damit die Pläne gewisser Orden. Ich betrachte es meinerseits als ein Verdienst des Ministers Fall, daß er die evangelische Kirche mündig gemacht hat; sie wird dadurch ein willommener Bundesgenosse für uns. (Burke von der Fortschrittspartei: Das glauben wir!) Ich freue mich, daß aus dem Knaul heraus die Stimmen der Herren Richter, Birkhoff und Knörke, des einzigen Redners, gegen den Abg. Fall nichts einzuwenden hatten. (Heiterkeit.)

Mit der Besteuerung glaubte ich, daß die kirchlichen Organe nicht behelligen zu dürfen, denn zur Entreibung dieser Steuern bedarf es doch des staatlichen Armes. Darauf, daß die Kirche nicht die Besteuerung hat, kann man unmöglich den Vorwurf gründen, daß die evangelische Kirche nicht frei sei. Ich komme nun auf das allerbeste Gebiet, auf den Culturkampf. Man wird mir zunächst eine gewisse Friedslosigkeit vor. Da beim Centrum nur argumentiert ad hominem gelten, so führe ich ein solches zur Bertheidung gegen diesen Vorwurf an. Bei Bertheidung des Antrages Bachem auf Säuerung des Ordensgesetzes habe ich in Übereinstimmung mit mäßig lagernden Factoren der Staatsregierung Ihnen immer und immer das Ziel des Friedens gezeigt. (Lachen im Centrum.) Wenn Sie das Alles nicht glauben, werden Sie doch das Eine glauben, daß eine tiefe Überzeugung dazu gehört, um zu extragen, was ich in meiner Stellung ertragen müsste. Ich bin nicht das diabolische Element gegenüber der katholischen Kirche gewesen, als das man mich hinstellt. Ich bin beim Er scheinen der Maigefüge in der entgegengesetzten, freundlichsten und mildesten Weise — es ist das ja actenmäßig — den Bischöfen gegenübergetreten und habe zu einer gemeinsamen Durchführung im Interesse der Bischöfen besonders am

herzen liegenden Punkte die Hand gehalten. Sie wissen, wie dieses Antröben zurückgewiesen worden ist. Meinen Aussführungen, besonders an dieser Stelle, ist seitens der Gerichtshöfe eine Würdigung zu Theil geworden, die häufig zu milderer Auslegung der Gesetze geführt hat. Der gegenwärtige Culmusminister hat bei Bertheidung des oberösterreichischen Notstandes für mich Zeugnis abgelegt. Ich war oft in der Lage, Verfügungen, die Bedrückungen enthielten, aufzuheben.

Ich bin nur bewußt, daß das Gesetz sehr milde ausgeführt zu haben. Verschiedene Gründe haben allerdings die Aussöhnung sehr erschwert. Kurz gesagt, der Widerstand gegen die Gesetze bis aufs Äußerste wurde durch den Gedanken bestärkt, daß der Minister, der das Gesetz vorgelegt hatte, nicht bis zum Ende der Aussöhnung im Amte bleiben würde. Die Leute, die so dachten, hätten sich aber in ihrer Aussöhnung sehr geirrt. Ich bin so lange im Amte geblieben, daß die Aussöhnung in meiner Hand lag. (Leider!) Hätten Sie das gewußt, so wären Sie vielleicht auf einen andern Weg gekommen. (Widerspruch.) Der Friede, den ihr kampfesmuthiges Temperament zu erreichen hoffte, ist nicht erreicht worden. Die Ursulineninnen-Anstalt in Arzweiler z. B. wurde auf dem einzigen geistlichen möglichen Wege erhalten, weil sich die Oberin berathen ließ vor einem nicht leidenschaftlichen Katholiken, dem Sie die Katholizität nicht absprechen werden. (Ruf: Doch! Altkatholisch! Heiterkeit!) Der Beigeordnete von Koblenz soll altkatholisch sein? Wenn Sie Ihre Sache nicht besser begründen können, dann ist es schwach damit bestellt. Wo als verständige Berather gewesen sind, da war es möglich, auch mit einem sogenannten schlimmen Minister zu einem guten Resultat zu kommen. Man hat recht viel darüber gesprochen, welche Gründe mich bestimmt haben, S. Majestät zu bitten, mir einen Nachfolger zu geben. (Ahal!) Sage ich da etwas Unwahr? Haben Sie denn die Zeitungen nicht gelesen? Ich habe darauf zu erwiedern, daß Dicjenen das Rechte gesunden haben, die meinen, die Gesamtsituation aller Verhältnisse habe mich zu diesem Schritte gedrängt.

(Auf: Doch! Altkatholisch! Heiterkeit.) Der Beigeordnete von Koblenz soll altkatholisch sein? Wenn Sie Ihre Sache nicht besser begründen können, dann ist es schwach damit bestellt. Wo als verständige Berather gewesen sind, da war es möglich, auch mit einem sogenannten schlimmen Minister zu einem guten Resultat zu kommen. Man hat recht viel darüber gesprochen, welche Gründe mich bestimmt haben, S. Majestät zu bitten, mir einen Nachfolger zu geben. (Ahal!) Sage ich da etwas Unwahr? Haben Sie denn die Zeitungen nicht gelesen? Ich habe darauf zu erwiedern, daß Dicjenen das Rechte gesunden haben, die meinen, die Gesamtsituation aller Verhältnisse habe mich zu diesem Schritte gedrängt.

Aber diese Gesamtsituation zeigt sich doch schließlich aus einer Reihe einzelner Momente zusammen und eines dieser Momente will ich berühren; ich kann dies um so eher, als meine Worte eigentlich nur eine Verificierung dessen sind, was auch seiner Zeit in vielen, ich glaube sogar mit dem Charakter der Officiorialität versehenen Blättern gestanden hat. Ich bin nicht kurzfristig und eng genug gewesen, um mir nicht einen Gedanken als einen richtigen lange vorzuhalten. Wenn vor Jahren von der damals rein hypothetischen Möglichkeit die Rede war, es könne zu einem Frieden auf diesem Gebiet kommen, so habe ich — der Zeugen befinden sich in diesem Hause ebensoviel wie draußen — meine Überzeugung dahin verlautbart, daß ich für ein derartiges Verhandeln für die Herbeiführung des Friedens nicht der geeignete Mann sei (Sehr richtig! im Centrum), und zwar ist diese Überzeugung im Laufe der Zeit, als jene Möglichkeit nicht mehr hypothetisch, sondern reell wurde, immer stärker in mir hervorgetreten. Ich habe nur in dieser Beziehung bei andern Entscheidungen diese Überzeugung nicht gewonnen. Bis zum vergangenen Jahre habe ich allerdings gemeint, es könnte nun Niemand mehr bestreiten, daß meine Würdigung dieser Frage die richtige sei. Ich weiß ja, daß — es mag nun recht sein, daß man mich dahin getrieben und das erreicht hat, — oder unrichtig — große Massen der katholischen Bevölkerung in Verkenntnis meines Thuns und Wollens mich als die Person ansiehen, mit der ein Friede nicht gemacht werden könnte. (Sehr richtig! im Centrum.) Diese Thatache konnte ein verständiger Mann nicht außer Acht lassen. Und fehlt es denn auch an Gelegenheit, mir diese Thatache immer wieder vor Augen zu rüden?

Darf ich nicht an die Presse des Centrums erinnern, an die Reden seiner Führer, des Abg. Windthorst im Reichstage und in der Commission? Glauben Sie denn, daß ich nicht weiß, wie berechtigte Vertreter, ja das Haupt selbst der Curie sich über meine Person ausgesprochen haben? Weil ich nun diese Überzeugung gegen Jedermann vertreten zu können meinte, habe ich einen der Gründe dafür, daß ich S. Majestät um meine Entlassung bat, aus meiner Ungeeignetheit zum Frieden entnommen. Ist das ein Beweis von Friedesfähigkeit? Ich habe nur noch einige Bemerkungen zu machen und hoffe damit Sie für diese Session von der Last zu befreien, mich anzuhören. Der Abg. Windthorst sprach heute wieder von den Verfolgungen der katholischen Kirche zu unserer Zeit. Trotz der Anerkennung, die ich dem Abg. Windthorst seit langer Zeit zu zollen Ursache hatte, hat mich das doch immer peinlich berührt, wenn er es so darstellte, als würde der alte Heide, wenn er heute aufwachte, sich wundern, in welcher Bedrängnis sich die katholische Kirche befindet. Ich weiß nicht an welchen alten Heiden er gedacht hat, aber ich vermuße mindestens an Diocletian oder Julianus Apostata (große Unruhe und Heiterkeit). Diese Behauptungen sind total falsch. Ich kann mit ja denken, daß die Herren vom Centrum von Zeit zu Zeit oder auch recht häufig das Bedürfnis fühlen, diesen Satz wieder auszusprechen, es könnte sonst der Glauben an denselben etwas schwächer werden. Ich kann natürlich nicht sagen, denn das wäre unparlamentarisch, der Abgeordnete Windthorst spreche gegen seine Überzeugung. Das macht mir um so mehr Verlegenheit, als er diesen Theil der Geschichte doch unzweifelhaft kennt.

Soll ich also nicht sagen, er habe einen wenig geschickten Lehrer gehabt, so muß ich annehmen, er habe diesen Theil der Geschichte wieder vergessen.

Für Gedächtnisschwäche kann ja Niemand. Ich muß auch leider immer wiederholen, daß nicht die Gesetze das herbeigeführt haben, was wir alle beklagen, sondern, wie der Minister schon sagte, der Widerstand gegen dieselben. (Große Unruhe im Centrum.) Ein großer Theil der Gesetze findet gar keine Anwendung, wenn der Widerstand nicht eintritt. (Sehr richtig! links; Lachen im Centrum.) Vor dem heute angegriffenen Gerichtshof wird sehr wenig zu spüren sein, wo die kirchlichen Oberen sich zu dem entschließen, wozu sie sich anderweitig mit der größten Leichtigkeit entschlossen haben, Anzeige zu machen bei der Staatsregierung von der beabsichtigten Anstellung eines Geistlichen. Man wird mir vor, ich hätte immer nur negativ zerstörend gewirkt. Ich könnte mehr als eines der Gesetze bezeichnen, denen kein gesetzliche Bedeutung absprechen kann, z. B. das Vermögensverwaltungsgesetz. Ich will aber das Positive in etwas anderer Richtung suchen, durch die geistige Regelung vieler Fragen. Wollte ich die Entscheidung über diese Dinge dem Senat der Verwaltungsbürokratie und des jeweiligen Ministers entziehen. Deshalb verhorreschten Sie auch den kirchlichen Gerichtshof, denn Ihnen ist der einzelne Minister lieber, der ist wandelbar, wenn er bestimmt wird von rechts und links, von oben und unten. Welches Maß von Kraft nötig ist, um hier zu widerstehen, weiß ich am besten. Ein Einzelner wird immer diesen unberechtigten Einfüssen zugänglicher sein, als eine Institution. Häufiger aber ist durch die Maßregelung darin gewirkt worden, den Staat wieder zum Herrn auf seinem eigenen Gebiet zu machen, wo er nicht mehr seinen Pflichten allen Confessionen gegenüber in vollem Maße gerecht werden konnte. Damit ist der Staat in eine Position gekommen, in welcher er anstreben und abwarten kann, bis die andere Seite zu einem Verständnis kommt. Eine Auseinandersetzung des Ministers von Bismarck bestätigt, daß diese Position bei den jetzigen Verhandlungen auch ihre Bedeutung geltend macht. (Lebhafter Beifall links — Lachen im Centrum.)

Abgeordneter Windthorst: Ob die Biographie, welche der Abgeordnete Fall von dem Minister Fall gegeben, ganz seinen Wünschen entspricht, wenn er sie nochmals liest, und wenn es einer Kritik unterzogen wird, weiß ich nicht. (Heiterkeit!) Ich hätte ihm lieber den Rath gegeben, aus dem öffentlichen Leben eine Zeit lang ganz zu verschwinden. Heiterkeit, das Wiedererlösen pflegt dann interessanter zu sein. Der Herr College außer Diensten (Heiterkeit) hat sich in vielen Punkten zu rechtfertigen gehütet; ich kann heute nicht auf alle Punkte eingehen, wir werden das später tun können. Besonders hat er sich gegen den Vorwurf gewendet, daß unter seiner Amtsleitung die Religionsfreiheit des Volkes zurückgegangen sei; die Geschichte wird unzweifelhaft von seiner Amtsleitung sagen: es wurden alle bösen Leidenschaften entfesselt und unter ihrem Sturm sind die religiösen Überzeugungen zurückgegangen; man suchte Kampftrossen gegen die christliche Kirche und war darin nicht wäblerisch; man wähle die Bundesgenossen, die am wenigsten vom Glauben biegen. Jeder, der Abneigung gegen das positive Christenthum documentierte, konnte auf Förderung rechnen. (Heftiger Widerspruch.) An den Schulen und Universitäten wurden derartige Männer angestellt. (Unwahl!) Wo ist ein gläubiger Katholik oder Protestant befördert? Nicht mit Unrecht hat die Generalsynode ihre Mithilfe bei der Befreiung theologischer Professuren verlangt, sie durchkreuzt damit die Pläne gewisser Orden. Ich betrachte es meinerseits als ein Verdienst des Ministers Fall, daß er die evangelische Kirche mündig gemacht hat; sie wird dadurch ein willommener Bundesgenosse für uns. (Burke von der Fortschrittspartei: Das glauben wir!) Ich freue mich, daß aus dem Knaul heraus die Stimmen der Herren Richter, Birkhoff und Knörke, des einzigen Redners, gegen den Abg. Fall nichts einzuwenden hatten. (Heiterkeit.)

Soll ich also nicht sagen, er habe einen wenig geschickten Lehrer gehabt, so muß ich annehmen, er habe diesen Theil der Geschichte wieder vergessen.

Für Gedächtnisschwäche kann ja Niemand. Ich muß auch leider immer wiederholen, daß nicht die Gesetze das herbeigeführt haben, was wir alle beklagen, sondern, wie der Minister schon sagte, der Widerstand gegen dieselben. (Große Unruhe im Centrum.) Ein großer Theil der Gesetze findet gar keine Anwendung, wenn der Widerstand nicht eintritt. (Sehr richtig! links; Lachen im Centrum.) Vor dem heute angegriffenen Gerichtshof wird sehr wenig zu spüren sein, wo die kirchlichen Oberen sich zu dem entschließen, wozu sie sich anderweitig mit der größten Leichtigkeit entschlossen haben, Anzeige zu machen bei der Staatsregierung von der beabsichtigten Anstellung eines Geistlichen. Man wird mir vor, ich hätte immer nur negativ zerstörend gewirkt. Ich könnte mehr als eines der Gesetze bezeichnen, denen kein gesetzlicher Bedeutung absprechen kann, z. B. das Vermögensverwaltungsgesetz. Ich will aber das Positive in etwas anderer Richtung suchen, durch die geistige Regelung vieler Fragen. Wollte ich die Entscheidung über diese Dinge dem Senat der Verwaltungsbürokratie und des jeweiligen Ministers entziehen. Deshalb verhorreschten Sie auch den kirchlichen Gerichtshof, denn Ihnen ist der einzelne Minister lieber, der ist wandelbar, wenn er bestimmt wird von rechts und links, von oben und unten. Welches Maß von Kraft nötig ist, um hier zu widerstehen, weiß ich am besten. Ein Einzelner wird immer diesen unberechtigten Einfüssen zugänglicher sein, als eine Institution. Häufiger aber ist durch die Maßregelung darin gewirkt worden, den Staat wieder zum Herrn auf seinem eigenen Gebiet zu machen, wo er nicht mehr seinen Pflichten allen Confessionen gegenüber in vollem Maße gerecht werden konnte. Damit ist der Staat in eine Position gekommen, in welcher er anstreben und abwarten kann, bis die andere Seite zu einem Verständnis kommt. Eine Auseinandersetzung des Ministers von Bismarck bestätigt, daß diese Position bei den jetzigen Verhandlungen auch ihre Bedeutung geltend macht. (Lebhafter Beifall links — Lachen im Centrum.)

Abgeordneter Windthorst: Ob die Biographie, welche der Abgeordnete Fall von dem Minister Fall gegeben, ganz seinen Wünschen entspricht, wenn er sie nochmals liest, und wenn es einer Kritik unterzogen wird, weiß ich nicht. (Heiterkeit!) Ich hätte ihm lieber den Rath gegeben, aus dem öffentlichen Leben eine Zeit lang ganz zu verschwinden. Heiterkeit, das Wiedererlösen pflegt dann interessanter zu sein. Der Herr College außer Diensten (Heiterkeit) hat sich in vielen Punkten zu rechtfertigen gehütet; ich kann heute nicht auf alle Punkte eingehen, wir werden das später tun können. Besonders hat er sich gegen den Vorwurf gewendet, daß unter seiner Amtsleitung die Religionsfreiheit des Volkes zurückgegangen sei; die Geschichte wird unzweifelhaft von seiner Amtsleitung sagen: es wurden alle bösen Leidenschaften entfesselt und unter ihrem Sturm sind die religiösen Überzeugungen zurückgegangen; man suchte Kampftrossen gegen die christliche Kirche und war darin nicht wäblerisch; man wähle die Bundesgenossen, die am wenigsten vom Glauben biegen. Jeder, der Abneigung gegen das positive Christenthum documentierte, konnte auf Förderung rechnen. (Heftiger Widerspruch.) An den Schulen und Universitäten wurden derartige Männer angestellt. (Unwahl!) Wo ist ein gläubiger Katholik oder Protestant befördert? Nicht mit Unrecht hat die Generalsynode ihre Mithilfe bei der Befreiung theologischer Professuren verlangt, sie durchkreuzt damit die Pläne gewisser Orden. Ich betrachte es meinerseits als ein Verdienst des Ministers Fall, daß er die evangelische Kirche mündig

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	99,75	bzG
consolidirte Anleihe	4½	105,40	bzG
do. do. 1876	4	106,30	bzG
Staats-Anleihe	4	99,70	bzG
Staats-Schuldscheine	3½	93,00	bzG
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	144,50	bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103,20	G
Berliner Pommersche	3½	103,20	bzG
do. do. 1876	4	99,75	bzG
do. do. 1876	4½	103,30	bzG
Posenische neue	4	99,30	bzG
Schlesische	3½	99,50	bzG
Landschafts-Central	4	100,00	bzG
Kur.-n. Neumärk.	4	100,00	bzG
Pommersche	4	100,00	bzG
Posenische	4	100,00	bzG
Preussische	4	100,00	bzG
Westfäl. u. Rhein.	4	100,00	G
Sächsische	4	99,75	G
Schlesische	4	99,75	bzG
Badische Präm.-Anl.	4	135,50	G
Baierische Präm.-Anl.	4	136,00	bzB
do. Anl. v. 1875	4	99,20	bzG
Cöln.-Mind. Prämien-Anl.	3½	133,90	bzG
Sächs. Rente von 1876	3	77,10	bzB

Hypothek-Certificate.

Rhein.-Präf. Partial-Ob.	110,00	bzG	
Unk.-Pfd. & Pr. Hyp.-B.	4½	103,75	bzG
do. do.	5	104,75	bzG
Douglasiehyp.-Bk.-Pfd.	4½	100,50	bzG
do. do. do.	5	102,75	bzG
Kundbr. Cent.-Bod. Cr.	4½	102,25	bzG
Eukundbr. do. (1872)	5	103,20	bzG
do. rückz. b. 10	5	112,75	G
do. do. 10	5	106,20	bzG
Unk.-H.d.Pfd.-Bd.-Cr.	5	—	bzG
do. III. Em.	5	106,00	bzG
Kindbr.-Hyp.-Schuld.	5	—	bzG
Hyp.-Anth. Nord.-G.-C.	5	99,80	bzG
do. do. Pfandbr.	5	99,50	bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	104,20	bzG
de. do. II. Em.	5	104,50	bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	119,10	bzG
do. II. Em.	5	117,00	bzG
do. do. do.	5	105,60	bzG
do. do. do.	5	101,60	bzG
Moingener Präm.-Pfd.	5	119,80	G
Pfd. d. Oest.-Bd.-Cr.	5	102,25	bzG
Schles. Bodener-Pfd.	5	104,50	bzG
do. do.	4½	103,25	G
Güld. Bod.-Cred.-Pfd.	5	104,00	bzG
do. do.	4½	102,00	G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1½-17,41)	62,80	bzB	
do. do. 17,41	62,75	bzB	
Goldrente	4	74,40	bzB
Papierrente	4½	62,75	bzB
54er Präm.-Anl.	4	—	bzG
do. Lott.-Anl.	5	126,25	bzG
do. Credit-Loose	5	336,75	bzG
do. 64er Loose	5	314,50	bzG
Russ. Präm.-Anl.	6	153,50	bzG
do. do. 1886	5	152,80	bzG
do. Orient-Anl.v. 1877	5	60,80	bzG
do. II. v. 1878	5	60,90	bzG
do. III. do. v. 1879	5	66,80	bzG
do. Anleihe 1877	5	90,90	91
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	78,75	bzB
Russ. Pol.-Schatz-Ob.	4	82,50	G
Pelz. Pfandr. III. Em.	5	66,00	bzG
Poln. Liquid.-Pfandr.	4	57,50	bzB
Amerik. rückz. p. 1881	5	101,90	bzG
do. 50% Anleihe	5	101,30	bzG
Ital. 50% Anleihe	5	82,20	G
Eaaab-Grazer 100 Thlr.	4	93,80	bzG
Euuuunische Anleihe	8	168,50	bzG
Türkische Anleihe	8	16,75	bzG
Ungar. Goldrente	6	88,60	bzG
do. Loose (M.P. St.)	fr.	214,00	bzG
Ung. 50% St.-Eisenb.-Anl.	5	88,90	bzG
Schwed. 10 Thlr.-Loose	—	—	bzG
Finnische 10 Thlr.-Loose	43,80	43,60	bzG
Türken-Loose	32,50	G	bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	103,25	G
do. III. v. St. 3½	4½	91,25	bzG
do. do. VI.	4½	103,00	bzG
do. Hess. Nordbah.	5	102,90	bzB
Berlin.-Görlitz	...	102,60	G
do. Lit. C.	4½	100,50	bzG
Bresl.-Freib. Lit.	4½	102,30	bzG
do. do. H.	4½	102,30	bzG
do. do. J.	4½	102,20	bzG
do. do. K.	4½	103,20	bzG
do. von 1876	5	103,20	bzG
Bresl.-Warschauer.	5	103,00	bzG
Cölm.-Mind. III. Lit. A.	4	99,25	bzG
do. Lit. B.	4½	101,80	bzG
do. do. IV.	4½	99,25	bzG
do. V.	4½	99,25	bzG
Halle.-Sorau.-Guben.	4½	102,80	G
Hannover-Altenbek.	4½	—	bzG
Märkisch.-Posener.	4½	102,25	G
Niedersches.-Märk.	4	99,00	G
do. do. IL.	4	—	bzG
Obl. I.I.U.	4	98,90	G
Obl. III.	4	99,00	bzG
Übersches. A.	4	—	bzG
do. B.	4½	—	bzG
do. C.	4½	—	bzG
do. D.	4	99,10	G
do. E.	3½	91,30	G
do. F.	4½	—	bzG
do. G.	4½	—	bzG
do. H.	4½	103,46	G
do. von 1879	4½	103,15	bzG
do. von 1873	4	99,00	G
do. von 1874	4½	103,50	bzG
Brig.-Neisse	4½	—	bzG
do. Cosel.-Oder.	5	103,20	B
do. Stargard.-Posener.	5	—	bzG
do. II. Em.	4½	102,50	G
do. III. Em.	4½	102,50	G
do. Ndrsl.-Zwbg.	3½	88,25	G
Ostpreuss. Südbahn	4½	102,25	G
Breite.-Oder-Ufer.	4½	104,00	bzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	—	bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien.

Allg. Deut. Hand.-G.	2	—	79,50	bzG
Berl. Kassen.-Ver.	89½	—	165,00	G
Berl. Handels-Ges.	8	—	165,00	bzG
Brl. Prd.-u.Hds.-B.	4½	—	77,90	bzG
Braunschw. Bank	4½	—	94,80	etbaG
Bresl. Disc.-Bank	3	—	97,75	bzG
Bresl. Wechslerb.	5½	—	103,75	bzG
Coburg. Cred.-Bank	4½	—	94,90	bzG
Danziger Priv.-Bk.	5½	—	110,25	G
Darmst. Creditb.	5½	—	145,30	bzG
Darmst. Zettelsk.	5½	—	147,75	bzG
Deutsche Bank	6½	—	161,00	bzG
do. Reichsbank	6	—	95,00	bzG
do. Hyp.-B.-Berl.	6½	—	96,00	bzG
do. Hyp.-Comm.-Anth.	6½	—	194,40	bzG
do. alt.	6½	—	184,50	50
Genossensch.-Bnk.	5½	—	112,50	bzG
do. junge	5½	—	110,00	G
Goth. Grundeb.	6	—	94,40	bzG
do. junge	6	—	93,10	bzG
Hamb. Vereins-B.	7½	—	122	bzG
Hannov. Bank	5½	—	100,00	B
Königsb.-Bank	6	—	106,90	bzG
Lndw.-B. Kwielecki	4½	—	68,25	bzG
Leipz. Cred.-Ainst.	6½	—	145,50	bzG
Magdeburger do.	6½	—	137,00	bzG
Magdeburger do.	6½	—	115,50	G
Meiningen do.	2½	—	102,40	bzG
Nordd. Gründner-B.	8½	—	165,50	G
Oberlausitzer Bk.	4	—	88,10	bzG
Oest. Cred.-Act.	8½	—	53,00	40</